Jemen

„Raketen auf Mekka“

Der langjährige Chef des saudiarabischen Auslandsgeheimdienstes Prinz **Turki Bin Faisal,** 72, über den Krieg seines Landes im Jemen

JENS GYARMATY / VISUM

SPIEGEL: Der Konflikt im Jemen hat laut Uno 10 000 Todesopfer gefordert. Ein Sieg Ihrer Allianz zeichnet sich nicht ab. Können Sie denn überhaupt noch gewinnen?
Turki: Wir führen keinen Krieg gegen den Jemen. Das Königreich und seine Alliierten helfen der rechtmäßigen Regierung des Landes und deren Bodentruppen, die Kontrolle über die von den Huthi besetzten Gebiete zurückzugewinnen.
SPIEGEL: Ganz offensichtlich sind die Huthi jedoch politisch und militärisch sehr präsent.
Turki: Ich sehe das anders. Die Regierung kontrolliert 70 Prozent des Territoriums, und die aufständischen Huthi werden zurückgedrängt.
SPIEGEL: Fühlt sich Ihr Land wirklich von den Huthi bedroht?
Turki: Die mit Iran verbündeten Aufständischen haben immer wieder angekündigt, die heiligen Stätten in Mekka und Medina von saudischer Herrschaft befreien zu wollen. Das verstehen wir sehr wohl als Angriff auf unsere territoriale Integrität. Es wurden bereits Raketen auf Mekka abgeschossen. Würde der Jemen dauerhaft unter iranischen Einfluss fallen, stünde auch die Schifffahrtsstraße ins Rote Meer unter Teherans Kontrolle. Das wäre fatal für die Region.
SPIEGEL: Und wie wollen Sie diesen Konflikt ohne Gesichtsverlust beenden?
Turki: Er wird enden, wie die Uno-Resolution 2216 es vorsieht: Die Huthi müssen sich zurückziehen, die gestohlenen Waffen zurückgeben, die Gefangenen freilassen und zum nationalen Dialog zurückkehren. Und die Iraner müssen gemeinsam mit den Huthi eine Niederlage hinnehmen. suk

Essen, das vom Himmel fällt

Viele von ihnen sind barfuß über Steine und verdorrtes Grasland gelaufen, bis zu fünf Stunden seien sie in der sengenden Sonne unterwegs gewesen, heißt es in Berichten aus der Hungerregion um Padeah im Norden des Südsudan. Uno-Transportflugzeuge haben dort Getreidesäcke abgeworfen, die Frauen sichern den Anteil für ihre Familien – mit großer Disziplin und Ruhe.

Analyse

Was tun gegen Nichtstuer?

Der Präsident von Weißrussland kämpft gegen Proteste im eigenen Land.

In der Kunst, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, hat es Alexander Lukaschenko weit gebracht. Eingeklemmt zwischen den mächtigen Nachbarn Russland und EU, hat es der Präsident von Weißrussland stets vermieden, sich von einer Seite vereinnahmen zu lassen. Das ist auch der Grund, warum er – anders als sein 2014 gestürzter ukrainischer Kollege Wiktor Janukowytsch – nach zwei Jahrzehnten immer noch an der Macht ist.

Nun aber droht Gefahr aus unerwarteter Richtung. Wie aus dem Nichts ist eine Protestbewegung im Land entstanden, überraschend für den Präsidenten ebenso wie für die spärliche Opposition. Auf spontanen Kundgebungen in der Provinz haben Tausende gegen jene neue Steuer protestiert, die Menschen ohne offizielle Arbeit zahlen sollen. Die Steuer ist der verzweifelte Versuch der Regierung, nach zwei Jahren Rezession ihre Einnahmen aufzubessern. Die Proteste sind die verzweifelte Antwort der Bürger. Denn es gibt keine Arbeit, jedenfalls keine gut bezahlte. Die Steuer beträgt rund 200 Dollar im Jahr – dafür müssen die meisten einen ganzen Monat arbeiten. Zur Verzweiflung kommt Wut, weil die Regierung von „Nichtstuern“ redet. An diesem Samstag ist eine zentrale Protestkundgebung in Minsk geplant. Für Lukaschenko kann das gefährlich werden: Nicht weil die Proteste so gewaltig wären, sondern weil sie neuartig sind. Organisierte Oppositionelle kann man ins Gefängnis werfen, Lukaschenko hat das 2010 vorgemacht. Aber was hilft gegen unpolitische Arbeitslose?

Der Balanceakt des Präsidenten zwischen Moskau und Brüssel wird umso schwieriger, je unruhiger die Lage im Innern ist. Diese Unruhe aber wird nicht von außen hereingetragen, wie Lukaschenkos Staatsfernsehen glauben machen will. Sie ist Ausdruck eines langsamen, unerbittlichen Kontrollverlustes, der mit dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes einhergeht. Christian Esch

HEATHCLIFF O'MALLEY / TELEGRAPH / DDP IMAGES

Syrien

Letztes Mittel

In den belagerten Vorstädten nordöstlich von Damaskus unternahmen syrische Rebellen in den vergangenen Tagen die schwersten Angriffe seit Langem gegen die Truppen von Baschar al-Assad. Anlass für die Attacken war pure Verzweiflung: Die Angriffe sind „unser letztes Mittel“, so einer der Eingeschlossenen: „Wenn wir jetzt nicht kämpfen, werden wir in einem Monat anfangen zu verhungern.“ Armeeeinheiten haben in den vergangenen drei Wochen mindestens vier der großen Schmuggeltunnel gesprengt, über die seit Beginn der Belagerung vor mehr als drei Jahren die Versorgung der schätzungsweise eine halbe Million Eingeschlossenen gelaufen war. Anderen Berichten zufolge wurden sogar sämtliche Tunnel zerstört. Zuvor hatten korrupte Armeeoffiziere in Kooperation mit der militärisch dominierenden Rebellenformation „Armee des Islam“ Nahrungsmittel, Diesel, Medikamente und andere Güter einschleusen und für horrende Preise verkaufen lassen. Die Armeeangehörigen verdienten am Schmuggel, die „Armee des Islam“ konnte ihre Monopolposition ausbauen. Mit der Sprengung der Tunnel hat nun offenbar die erwartete Offensive auf die letzte große Rebellenhochburg nahe Damaskus begonnen. cre

AMER ALMOHIBANY / AFP

Rebellenstellung bei Damaskus

Trumps Woche

Eigentlich hatte der Präsident ja gedacht, FBI-Chef James Comey sei sein Freund, seit der im Wahlkampf Hillary Clinton das Leben schwer gemacht hatte. Das war wohl ein Irrtum. Am Montag erklärte Comey vor dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses eiskalt, es gebe keine, wirklich gar keine Hinweise darauf, dass Donald Trump unter seinem Vorgänger Barack Obama abgehört wurde, wie der Präsident behauptet hatte. Aber das FBI ermittle, ob Trumps Team mit der russischen Regierung gekungelt habe, um Hillary zu verhindern.

Das FBI solle lieber mal der Frage nachgehen, wer ständig geheime Informationen durchsteche, twitterte Trump: „Findet endlich den Leaker!“

Wie immer war es die Familie, die in diesen Stunden für Trost und Ablenkung sorgte: Sohn Eric und seine Frau Lara verkündeten, sie erwarteten einen kleinen Trump. Und, viel besser noch: Tochter Ivanka zieht im West Wing des Weißen Hauses ein, bekommt ein eigenes Büro und wohl auch Zugang zu geheimen Regierungsinformationen. Ihre Aufgabe, so beschrieb es ihr Anwalt, sei es, gleichzeitig „Augen und Ohren“ des Präsidenten zu sein. Das klingt kompliziert, aber Ivanka nimmt noch nicht einmal Geld dafür. Dann wollte der Präsident im Repräsentantenhaus über das Ende der Gesundheitsreform von Barack Obama abstimmen lassen, auf den Tag sieben Jahre nach ihrer Einführung. Es sollte ein erster großer Erfolg werden für Trump und die Republikaner. Doch zumindest am Donnerstag fehlten ihnen dazu im Repräsentantenhaus die nötigen Stimmen.